

Bevor es zu spät ist: 30 Stundenwoche

Arbeitszeit verkürzen!

Am 12. Dezember 1998 findet in Wien ein Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU) statt. Auf der Tagesordnung steht vor allem Sprachlosigkeit angesichts von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Abschwung. Wir beteiligen uns im Rahmen des „euromarsch“-Bündnisses an den Protestmaßnahmen gegen europaweiten Sozialabbau: Am 12.12. findet um 14 Uhr in Wien (Westbahnhof) eine Demonstration statt. Auch in Österreich gibt es Grund genug, um zu demonstrieren.

Ali Kropf
SOV OG Wien-Süd

Der „Nationale Aktionsplan für Beschäftigung“ der Bundesregierung hat sich bereits als Totalflop erwiesen. Damit aber noch nicht genug: Jetzt wurden auch alle Bundesländer aufgefordert ebenfalls, solche Aktionspläne zu erstellen. Das erste Produkt dieser Serie wurde vor kurzem

vorgelegt: der „Territoriale Beschäftigungspakt Wien“. Dazu hat Finanzstadträtin Brigitte Ederer ein 730 Millionen Schilling Paket zusammengestellt, um in Wien im nächsten Jahr 8.500 neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen bzw. zu kaufen. Denn Unternehmen, die Arbeitslose einstellen, erhalten eine Förderung von bis zu 10.000,- Schilling monatlich pro eingestellten

Arbeitslosen als sogenannten „Lohnkostenzuschuß“. Die Folge dieser Politik liegt auf der Hand: Auf der einen Seite werden Unternehmen ermutigt, Mitarbeiter zu kündigen bzw. Stellen nicht nachzubeseetzen und dafür eben Arbeitslose mit „Mitgift“ einzustellen. Auf der anderen Seite werden mit solchen Maßnahmen Arbeitslose und die, die noch einen Job haben, gegeneinander ausgespielt.

Aber bereits der Name „Territorialer Beschäftigungspakt Wien“ läßt erahnen, um welchen Humbug es sich tatsächlich handelt. Mittels eines verführten Weihnachtsgeschenks in der Höhe von 730 Millionen Schilling an die Wiener Unternehmen sollen auch Arbeitsplätze von umliegenden Gegenden nach Wien verlagert und somit die Arbeitslosigkeit in Wien reduziert werden. Der Haken dabei ist nur, daß damit kein Arbeitsplatz geschaffen wird, sondern nur Arbeitsplätze zwischen den einzelnen Ländern hin- und hergeschoben werden. Dem Wiener Beispiel Folge leistend, wird es bald auch „Territoriale Beschäftigungspakte“ für Niederösterreich, die Steiermark etc. geben und so Steuergeld direkt in die Taschen der Unternehmer geleitet werden.

Nein zum Subventionspoker!

Die Folge dieser Politik ist ein Subventionspoker ähnlich wie vor einigen Jahren bei der Ansiedlung des zur Lenzing AG gehörenden Lyocell-Werkes zwischen Oberösterreich und dem Burgenland. Damals haben sich die beiden Länder mit Subventionen und Vergünstigungen überboten bis schließlich das Burgenland den Zuschlag erhielt. In Summe kassierte die Lenzing AG pro geschaffenem Arbeitsplatz 5,8

Millionen - insgesamt 573 Millionen Schilling Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes Burgenland mit dem Resultat, daß bereits ein Jahr nach der Eröffnung des Werkes von Seiten der Lenzing AG laut über eine Schließung des Werkes nachgedacht wird. Angesichts dieser Tatsachen und Erfahrungen kann man erkennen, daß mittels dieser Konzepte die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden kann und es sich dabei im wesentlichen nur um eine weitere Umverteilung von Steuergeldern zu den Unternehmern handelt. Denn die Kernfrage bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist und bleibt eben die der Arbeitszeitverkürzung und die wird in keinem dieser Konzepte auch nur angesprochen.

Am krasssten zeigt sich die Problematik anhand des Unterschiedes zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der der offenen Stellen. So waren im Oktober laut dem österreichischen Arbeitsmarktservice - AMS - 220.104 Menschen arbeitslos gemeldet und das bei ganzen 23.190 offenen Stellen. Konkret bedeutet das, daß auf eine offene Stelle rund 10 Arbeitslose kommen. Das zeigt auch deutlich, daß das oft genannte „Argument“, daß jeder, der wirklich einen Arbeitsplatz sucht, auch einen findet, schon rein rechnerisch nicht stimmen kann und es andere, radikalere Maßnahmen, als die der Regierung, braucht - eben eine Arbeitszeitverkürzung.

Recht auf Arbeit - aber wie?

Bereits Anfang der 90er Jahre besagte eine Studie des ÖGB-Oberösterreich, daß bei einer sofortigen Einführung der 35-Stundenwoche rund 166.000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Das bedeutet für heute, daß auch eine 35-Stundenwoche nicht mehr ausreichen würde, und somit die Forderung nach einer 30-Stundenwoche auf der Tagesordnung steht. Offiziell unterstützt zwar die Gewerkschaft den Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung, aber in

der tagtäglichen Politik hat sich die Gewerkschaftsspitze schon lange von der Durchsetzung verabschiedet und verhandelt bereits mit den Unternehmern über neue „vernünftige und kreative Modelle“ - sprich Arbeitszeitverkürzung mit teilweise Lohnverzicht. Einer Statistik der Wirtschaftskammer zufolge sind im Zuge der Kürzungspolitik der Regierung und der Sparpakete die Realnettoeinkommen 1996 um 2,2% und 1997 um 2,4% gesunken. Vor diesem Hintergrund heißt ein etwaiger Lohnverzicht, daß viele Beschäftigte mit einem Job allein nicht mehr auskommen und somit die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung vernichtet würden. Unsere Forderungen können daher nur lauten: 30-Stundenwoche bei vollem Lohn jetzt und sofort! Unterstützen deshalb auch Sie unsere Kampagne für die Einführung der 30-Stundenwoche.

DEMO

12. Dezember 14 Uhr
Treffpunkt Westbahnhof

Aus dem Inhalt:

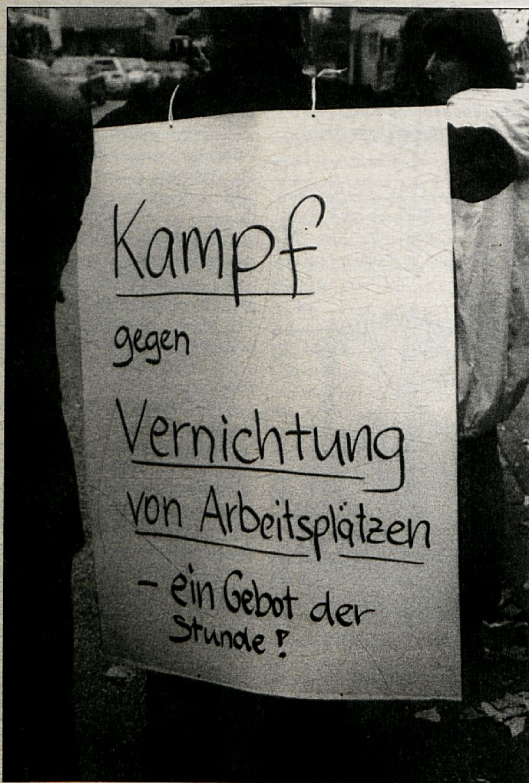
Seite 2
Wiener Stadtwerke

Seite 3
Lohnrunde
Atomic

Seite 4/5
Deutschland: Linke
Zukunft?

Seite 6
Kabarett: Maurer

Seite 7
Italien: Sparkurs
geht weiter



Der Standpunkt

Rieger ist nicht die Ausnahme...

Schon Bert Brecht meinte, daß eine Bank auszurauben nichts im Vergleich zur Gründung einer solchen sei. Wie wahr: Welcher Panzerknacker könnte die rund 700 Millionen Schilling, die von Herrn Rieger verspekuliert, veruntreut, auf die Seite geschafft oder was auch immer... worden sind, rein physisch aus einer Bank tragen?

„Natürlich“ ist Herr Rieger ein besonderer „Ungust“, ein neoliberaler Bösewicht und obendrein vielleicht sogar schuld, daß der LASK zu existieren aufhört (letzters stört von John Evers



von John Evers

bei diesem traditionellen „Unternehmerclub“ allerdings weniger). Die Frage ist allerdings, was hinter alledem steckt bzw. wie die Konsequenzen aussehen? Wie gelingt es jemanden (insgesamt) über eine Milliarde in den Sand zu setzen? Die FPÖ – seit Rosenstingl in solchen Fragen erfahren – hat die Antwort parat: Die staatliche Bankenaufsicht ist schuld, hat versagt und muß deshalb ersatzlos abgeschafft werden. Nach dieser Logik müßte ja dann wohl auch die ganze FPÖ wegen des „Versagens“, gegen die eigene Korruption vorzugehen ebenfalls, abgeschafft werden.

Die Realität verläuft aber bekanntlich andersrum: Tatsache ist, daß es in den letzten Jahren insgesamt zu einer Aufblähung von riskanten Spekulationen der Banken kam. Gerade die Privatisierungswelle, das „an die Börse gehen“ (auch der Banken), waren Wegbereiter und gleichzeitig Ausdruck dafür. Weltweit sind die instabilen Finanzmärkte – das Spekulations- und Kreditgeschäft – und damit zusammenhängende Banken und Firmencrashes inzwischen ein bedrohlicher Sprengsatz für die gesamte Weltwirtschaft geworden. Auch Österreich kennt historische und aktuelle Beispiele: Vom Krach der CA bis zu den geschätzten 5 Milliarden, die die Bank Austria alleine durch die Rußlandkrise verloren hat. Was ist ein Rieger gegen die „Glücksritter“, die in Südostasien, Osteuropa und Lateinamerika ihre Klienten und ganze Volkswirtschaften in den Ruin trieben und treiben.

Die FPÖ kann fordern was sie will, die SPÖ kann ihr Programm neoliberal umtrimmen – wir leben in einer Zeit, in der die Ideologie des freien Marktes ihr Waterloo erleidet. Tatsächlich ist aber nicht einfach die Bankaufsicht schuld oder nicht schuld, sondern ein krankes System, daß es zuläßt, daß es Menschen gibt, die völlig abgehobenen Unsummen kontrollieren und verspekulieren. Nicht staatliche Bankaufsicht oder gar „freier Markt“, sondern Verstaatlichung aller Banken, die Abschaffung von Börse und Spekulation und die demokratische Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungsabläufe und Prozesse können diverse Riegers, Soroses,... verhindern.

Stadtwerke Ausgliederung

Neoliberale SPÖ-Wien

Im Juni fiel im Wiener Gemeinderat der Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung der Wiener Stadtwerke (Wr. Linien, Strom, Gas, Bestattung). Die kommende Tarifierhöhung bei den Öffis ist ein erster Vorgeschmack auf die daraus folgenden Nachteile für KundInnen und Belegschaft.

**Franz Breier jun.
SOV OG Wien-Nord**

Ausgliederung heißt im Fall der Stadtwerke die Gründung einer Holding Aktiengesellschaft mit 6 Tochtergesellschaften (Wiengas, Wienstrom, Fernwärme, Bestattung und Beteiligungsmanagement, Wr. Linien). Die Gemeinde Wien besitzt sie zwar anfänglich noch zu 100%,

der Gang an die Börse und die damit verbundene Vollprivatisierung ist jedoch nur mehr eine Frage der Zeit.

Ausgliederung/Privatisierung bedeuten, daß nur noch nach Profitinteressen gewirtschaftet wird, die Bedürfnisse der Bevölkerung und ArbeitnehmerInnen sind einer AG ziemlich egal. Verlierer wären vor allem auch die Beschäftigten. Auf der einen Seite steigt der Arbeitsstreß, auf der anderen sinkt die Arbeitsplatzsicherheit. Internationale und österreichische Beispiele (Post,

Bahn) zeigen, daß einer Ausgliederung/Privatisierung sowohl Rationalisierung (=Personalabbau) und Verschlechterungen für die KonsumentInnen folgen. Wirtschaftsstadträtin Ederer (SPÖ) beschwichtigt zwar derzeit noch, ÖVP-Vizebürgermeister Görg meinte aber bereits, daß es sich um

zialabbau und Lohnverlusten) eine unerträgliche Mehrbelastung. Ein Nulltarif auf alle Öffis würde sowohl sozial wie ökologisch (Verlagerung weg vom Individualverkehr) eine deutliche Entspannung bringen. Denn es sind die SteuerzahlerInnen, denen die Stadtwerke gehören (sollen)!

Widerstand ist nötig

Widerstand ist auch deshalb nötig, da dies der Auftakt für eine Reihe von Privatisierungen ist. Angriffsziele sind vor allem der kommunale Wohnbau und das Gesundheitswesen (AKH). Die SOV will gemeinsam mit der Bewegung Rotes Wien, KPÖ und GLB, der KIV u.a. gegen diese drohenden Ver-

schlechterungen kämpfen. Erste Gespräche fanden bereits statt.

Für Jänner 1999 ist eine größere Veranstaltung zum

Thema geplant (näheres nächste Ausgabe).

Wenn auch Sie aktiv werden und unsere Aufkleber „Nulltarif statt Fahrpreiswucher“ haben wollen, ru-



den entscheidenden Schritt zur Privatisierung handle. Wir fordern die Beibehaltung der Wiener Stadtwerke als Teil des Magistrats! Außerdem ist z.B. die Tarifierhöhung der Wiener Linien für die Mehrheit (wegen So-

Stimmen zum Superwahljahr 1999

Mit der SOV kandidieren

Die SOV strebt - wie berichtet - eine linke Kandidatur mit einem klaren sozialistischen Profil bei den Nationalrats und EU-Wahlen 1999 an und wird sich in dieser Frage bis Jahresende festlegen. Im folgenden dokumentieren wir eine persönliche Stellungnahme von KPÖ-Gemeinderat Horst Pilhofer (Zwentendorf/NÖ) zu dieser Frage. Wir laden alle linken Organisationen und Einzelpersonen ebenfalls ein, sich an einem derartigen Projekt/Diskussionsprozess zu beteiligen.

Stimmen zum Superwahljahr 1999: „Die Erfahrungen sind die Samenkörner aus denen die Klugheit emporwächst...“

Mit tiefer Überzeugung würde ich es unterstützen, wenn es bei den nächsten Wahlen – EU oder NRW – zu einem Bündnis beider Parteien (Anm: KPÖ und SOV) kommen würde, sind doch meine persönlichen Erfahrungen mit den AktivistInnen der SOV mehr als positiv!

Es ist für mich immer wieder erfrischend, die Aktivitäten dieser jungen Truppe zu beobachten, mit welchem Geist, mit welcher Überzeugung und vor allem persönlichen Einsatz sie ihre Aktionen durchführen. Noch dazu kommt, daß auf diese jungen Menschen auch Verlaß ist und mit ihnen auch über Sachthemen konstruktiv zu diskutieren ist.

Es besteht für mich kein Grund, die SOV mit Lob und Anerkennung zu überschütten, dennoch Lob denjenigen, die es verdienen. Ich würde diese Aussagen nicht tätigen, hätte ich in den letzten 2 Jahren nicht wirklich positive Erfahrungen mit den Ge-

nossinnen und Genossen durchlebt. Selbst ältere Genossen der KPÖ-Betriebsorganisation Tulln teilen diese Meinung, bedingt durch ihre persön-



Horst Pilhofer von der KP-NÖ

lichen Erfahrungen beim EU-Wahlkampf in Tulln.

Auch wenn es ideologisch und teilweise in Sachthemen Nuancen gibt, verbindet uns mit der SOV die Zielsetzung, die Gesellschaft links und

revolutionär zu verändern. Manche oft utopisch klingenden SOV-Forderung, wie die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, mögen aus heutiger Sicht fremd klingen, doch es ist ein Ziel (Vision), das einer revolutionären Vorstellung entspricht.

Besonders hebe ich hervor, daß wir als Mitstreiter gegen die FPÖ-Gewerkschaftsgründung am 1. Mai in Tulln nur die SOV motivieren konnten, optisch wie akustisch dagegen zu demonstrieren.

Mit dem Kampfruf: „Krieg den Palästen - Friede den Hütten“ wäre und ist aus meiner persönlichen Sicht ein Bündnis mit der Sozialistischen Offensive Vorwärts anzustreben.

Horst Pilhofer, Gemeinderat aus Zwentendorf/NÖ

Tatsächlich gibt es über linke Bündnisprojekte für 1999 leider wenig zu berichten. Mit der KPÖ fand bis jetzt nur ein erstes informelles Gespräch statt - bis dato ohne konkretes Ergebnis. Andere linke Gruppierungen und Organisationen haben sich bis überhaupt noch nicht geäußert. Die SOV bedauert dieses bisher magere „Ergebnis“ - zumal die Zeit langsam drängt. Gemäß eines SOV-Bundesvorstandsbeschlusses halten wir uns alle Optionen - von der Bündnis- bis zur Eigenkandidatur - offen.

(red)

Aus der SOV

Aktiv werden!

Ende Oktober verabschiedete die SPÖ ein neues Grundsatzprogramm. Dieses spiegelt insgesamt den Rechtsruck der Sozialdemokratie wider, enthält aber trotzdem immer noch einige linke Vokabeln und Phrasen. Das Problem ist nur, daß die Praxis der SPÖ nicht einmal an dieses sehr, sehr gemäßigtere Programm herankommt, sondern gekennzeichnet ist von Sozialabbau & Privatisierung, von rassistischen AusländerInnengesetzen & Bonzenpolitik.

**Sonja Grusch
SOV-Bundessekretärin**

Die SPÖ ist schon längst keine Partei der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen mehr. Aber eben eine solche wäre dringend notwendig. Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) unterstützt daher alle Schritte und beteiligt sich an allen Bewegungen, die zur Gründung einer solchen wirklichen ArbeiterInnenpartei führen können.

Auch wir diskutieren die Erstellung eines neuen Programms. Im Gegensatz zur SPÖ wollen wir ein sozialistisches, revolutionäres Programm, daß von allen Mitgliedern unserer Organisation diskutiert und beschlossen wird. Daher gab es im Oktober auch ein erstes Treffen der Programmkommission.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV),
1070 Wien, Kaiserstr. 14/1
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung und Verlagsort: Wien

Der Schwerpunkt unserer Arbeit lag im Oktober bei der SchülerInnenarbeit und der Mobilisierung für die Schultreiks in Wien am 8.10. und die Demo in Baden am 24.10.

„Arbeitsplätze schaffen – Arbeitszeit verkürzen!“

Auf dem Bundesvorstand am 22.10. wurde nicht nur die Weiterführung unserer Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung beschlossen, sondern auch ausführlich über die Finanzen der SOV diskutiert. Wir haben unser Ziel von 94.000 von Juli bis Oktober zwar zu 74 % erreicht, brauchen aber nun einen „Jahres-Endspurt“, um das Jahr 1998 nicht nur politisch, sondern auch finanziell positiv abschließen zu können. Daher auch der Appell an alle LeserInnen – denkt beim Kauf von Weihnachtsgeschenken an uns! Schenkt Vorwärts-Abos und spendet der SOV: PSK 8812.733

Lohnrunde

Unternehmermärchen

Die Kollektivvertragsverhandlungen für die Metallindustrie stellen einerseits den Auftakt der jährlichen Lohnrunden und andererseits auch immer einen Indikator für die Verhandlungen in den anderen Branchen dar. Deshalb stimmen die Unternehmer und Bürgerlichen bereits Monate vor dem Beginn der Verhandlungen einen Chor an, um die Gewerkschaft zu maßvollen Lohnforderungen aufzurufen.

David Mum
OG Wien-Süd

Die heurige Kollektivvertragsrunde brachte für die rund 300.000 Beschäftigten in der Metallindustrie eine Erhöhung der Ist-Löhne um 2,9% und der Mindestlöhne, für alle jene, die nach dem Kollektivvertrag

Lohnstückkosten 1996

Österreich	100
USA	125
GB	144
BRD	128
NL	101
Japan	86

bezahlt werden, um 3,7%. So wie bereits letztes Jahr wurde wieder eine Optionsklausel vereinbart. Das heißt, daß 0,5% der Lohnsumme im Betrieb individuell verteilt werden können, wobei die Ist-Löhne jedoch generell um mindestens 2,7% steigen müssen. In der Realität aber bedeutet diese Optionsklausel ein weiteres Gegeneinanderausspielen der Beschäftigten. Denn belohnt werden nur die, die auch bereit sind, "Opfer für den Betrieb" zu bringen

und die sich z.B. nicht über die schlechten Arbeitsbedingungen beklagen. Zusätzlich erfolgt per 1.2.1999 eine Einmalzahlung von 2.500 öS. Verglichen mit den Abschlüssen der letzten Jahre sieht dieses Ergebnis ganz gut aus. Aber, wer die früher übliche „Daumenregel“ für die Lohnerhöhung heranzieht, die besagt, daß die Lohnerhöhung die Inflation und die Produktivitätssteigerungen abdecken soll, dann zeigt sich, daß nicht einmal dies in voller Höhe erfolgt ist. Ganz zu schweigen davon, daß die Reallohnverluste der letzten Jahre wieder wettgemacht wurden. Die geringen Bruttoeinkommenszuwächse der Jahre 1996 und 1997 plus zwei Sparpakete bedeuteten netto und real Einkommensverluste. Selbst, wenn die Bruttoverdienste heuer und nächstes Jahr etwas stärker zunehmen sollten (2,3 bzw. 2,7%) würde die reale Kaufkraft trotzdem noch unter dem Niveau von 1995 liegen. Gerade vor diesem Hintergrund wirkt das Gezeter, ob sich „die Wirtschaft“ diese Lohnerhöhung überhaupt leisten kann, lächerlich.

Eines der Standardargumente der Unternehmer, ist die Erhaltung des „Standorts Österreich“. Dabei werden falsche Argumente vorgebracht.

Denn der Personalaufwand in % des Umsatzes beträgt in den meisten Unternehmungen nur ca. ein Drittel (siehe Statistik). Auch sind in den letzten Jahren die Lohneinkommen im Vergleich zu den Einkommen aus Gewinn und Unternehmungen deutlich geringer gewachsen. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist zwischen 1981 und 1996 von 74% auf 67,7% gesunken. Ein Drittel des Volkseinkommens stammt bereits aus Gewinn- und Besitzeinkommen.

Für eine vergleichende Berechnung ist nicht die absolute Höhe der Löhne und auch nicht deren Zusammensetzung (Stichwort Lohnnebenkosten) relevant. Entscheidend sind die Lohnkosten pro erzeugter Ware, die „Lohnstückkosten“. Genau diese sind in den letzten Jahren stark gesunken, weil die Produktivität der Arbeit stärker gestiegen ist als die Löhne. Erreicht wurde das hauptsächlich durch eine Erhöhung des Drucks auf die einzelnen ArbeitnehmerInnen und durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die meisten „Vorzeigeländer“ wie die USA, Großbritannien weisen höhere Lohnstückkosten auf als Österreich. 1997 sind die Lohnstückkosten in der Industrie um 5,2% gesunken, in der Gesamtwirtschaft um 0,5%. Die relativen Arbeitskosten sind gegenüber



ÖGB-Vorsitzender Fritz Verzetnitsch

dem Durchschnitt der Handelspartner 1997 um 5,1% gesunken. Und der Trend soll sich fortsetzen. Die re-

Personalkosten in % des Umsatzes 1996

Nahrungs/Genußmittel	17,9
Textil, Bekleidung,...	28,6
Holz	18,7
Verlagswesen & Druck	36,6
Metall	31,1
Bauwesen	35,9

lativen Lohnstückkosten der Industrie werden 1999 um 10% unter dem Wert von 1995 liegen. Von der Zunahme der relativen Lohnstückkosten von 1981 auf 1997 um 23,8% waren 17,3% wegen der Schillingaufwertung und nicht höherer Löhne verursacht.

Kündigungswelle

Atomic

Beim österreichischen Schi-Erzeuger Atomic, der nach seinem Konkurs 1994 von der finnischen Amer-Gruppe übernommen worden war, rollt die Kündigungswelle.

Schon bis Ende April dieses Jahres sind bei Atomic und dessen Tochterwerk Koflach 230 Jobs vernichtet worden. Doch das war erst der Anfang: Bei der Schuh- und Inline-Skates-Fabrik Koflach wurden im Juli weitere drei Viertel - also 150 von noch 200 - der Stellen abgebaut! Da eine sofortige Schließung dem Amer-Konzern mehrere hundert Mio. Schillinge kosten würde, wird Koflach „auf Raten“ stillgelegt. „Spätestens im Frühjahr 1999 ist es dann endgültig vorbei“, so der Ö-Ton der Branchenkenner...

Im September wurden bei Atomic 109 der noch 500 Jobs abgebaut und vierzig Beschäftigte in eine Teilzeitbeschäftigung gezwungen. Und jetzt folgte der nächste Schlag: Im November sollen weitere hundert Stellen wegrationalisiert werden. Experten bezweifeln, daß mit diesem Personalstand (unter 400 gegenüber noch mehr als 700 Beschäftigte 1994) die Produktion reibungslos aufrecht erhalten werden kann... Wohl ein weiterer Schritt, die schwer defizitäre Atomic (Verluste 1997 öS 300 Millionen - Tendenz steigend) über kurz oder lang sterben zu lassen.

Interview mit Gerald Fleischmann, 43, arbeitslos

480 Bewerbungen

„Wer einen Job will, findet auch einen!“ Eine Standardbehauptung, die, obwohl häufig gesagt, schlicht und einfach falsch ist. Das folgende Interview mit dem 43-jährigen Arbeitslosen Gerald Fleischmann zeigt, wie die Realität aussieht.

Vorwärts: Gerald, Du bist seit November 1996 erwerbslos. Wieso?

Gerald F.: Ich habe HTL-Giesertechnik gelernt. Aber nach den zwei Erdölkrise, war kein Job mehr in Österreich zu finden, ich hätte nach Brasilien auswandern müssen. Ich war damals schon verheiratet, meine Frau ist auch berufstätig, da mußte ich umsatteln und bin ins Versicherungswesen gegangen. Ich habe dann 19 Jahre in der Branche gearbeitet und bin dann mit dem konfrontiert gewesen, was heute Mobbing heißt. Die wollten mich los werden und haben mir eine fristlose Entlassung angehängt. Mir ist nichts anderes übrig geblieben, als auf Fortführung des Dienstverhältnisses zu klagen. Da ist mit miesesten Methoden gearbeitet worden. Damit ich wenigstens meine Abfertigung bekomme, habe ich nach eineinhalb Jahren Prozeß einem faulem Kompromiß zustimmen müssen.

V: Was hast Du getan, um wieder einen Job zu bekommen?

GF: Durch den Prozeß habe ich eineinhalb Jahre keinen Job annehmen dürfen. Ich habe zwar die Zeit für Fortbildung genutzt, aber meine Ausgangschancen waren dann doch denkbar schlecht. Nach dem Vergleich habe ich sofort begonnen, Be-

werbungen zu schreiben, mit Computer und allem drum und dran, per e-mail und allem. Damit die potentiellen Arbeitgeber gleich sehen - aha, der Bursche ist am Puls der Zeit. Das war aber sehr ernüchternd - gezählte 480 Bewerbungen in einem halben Jahr. Das geht ganz schön ins Geld.

V: Wie war die Reaktion auf Deine Bewerbungen?

GF: Von den 480 sind 20 % zurückgekommen, mehrheitlich abschlägig mit der Begründung „passen nicht in das Anforderungsprofil“. Das heißt im Fachjargon „zu alt“. Ich habe rund 20 Vorstellungsgespräche gehabt, bei einigen bin ich auch in die engere Wahl gekommen - aber den Job hab ich dann nicht bekommen.

V: Glaubst Du, daß die Ablehnungen auch mit dem Prozeß und Deiner Tätigkeit im Betriebsrat zu tun hat?

GF: Es ist in einigen Bewerbungsgesprächen angesprochen worden und ich habe schon den Eindruck gehabt, daß in dem einen oder anderen Fall der ehemalige Arbeitgeber negativ interveniert hat bzw. Informationen weitergegeben hat, die nicht gerade dienlich waren. Mein Dienstzeugnis ist für Vorstellungen ohnehin unbrauchbar.

V: Wie sieht Deine finanzielle Lage im Moment aus?

GF: Ich habe zwei Kinder und vor zehn Jahren habe ich mir ein Eigenheim gekauft - mit entsprechender Rückzahlungsbelastung. Ich bekomme jetzt öS 12.000.- Notstandshilfe. Diese wird aber jetzt auch noch gekürzt, weil meine Frau in Zukunft mehr arbeiten wird als bisher. Dazu kommt noch, daß es auch beim AMS kein Geld mehr für Kurse gibt. Letztes Jahr konnte ich noch Kurse zur Fortbildung besuchen, heuer geht gar nichts mehr.

V: Du hast kurz einen Job gehabt?

GF: Ja, es gab ein kurzes Zwischenspiel: Durch Intervention von Freunden war ich kurz im AKH - und das war auch sehr bezeichnend für die Situation am Arbeitsmarkt: Ich habe es gewagt zu fragen, wie lang vorher ich darüber informiert würde, ob ich Samstag Dienst hätte. Ich habe ja auch noch ein Privatleben. Der Vorgesetzte hat mir dann erklärt, derjenige, der Samstags Dienst hätte, würde am Freitag bestimmt werden. Mein Kommentar „Na des ist ja leidwand“, war offensichtlich genug, um das Dienstverhältnis noch in der Probezeit zu lösen.

Das war ein Hilfsarbeiterjob, aber ich habe gehofft, wenn ich erst mal in der Gemeinde einen Job habe, wird das besser. Verdient habe ich dabei 11.500 netto - also um 500.- weniger, als meine Notstandshilfe



Traurige Realität für Hunderttausende

ausmacht!

V: Welche Vorschläge hättest Du zum Umgang mit dem Problem Arbeitslosigkeit?

GF: Meiner Meinung nach wäre eine radikale Arbeitszeitverkürzung ein wirklich gutes Rezept. Ich habe viele Freunde, die noch im Berufsleben stehen - die arbeiten teilweise 60-80 Stunden pro Woche und das mit allen Konsequenzen für die Gesundheit und das Privatleben. Die Arbeit könnte doch gerecht aufgeteilt werden - und zwar mit vollem Lohnausgleich.

V: Was sagst Du zu dem Unternehmerargument: „Das können wir uns nicht leisten“?

GF: Ich habe die Wiener Zeitung abonniert und die führenden Unternehmen veröffentlichen dort ihre Bilanzen. Da gibt es Gewinnsteigerungen von einem Jahr auf das andere von bis zu 80 %! Da kann ich mir nicht vorstellen, daß das nicht finanzierbar sein soll!

Die Ära Kohl ist zu Ende

Wie links ist die neue deutsche

Ein Aufatmen ging am 27. September durch Deutschland. Der „Dinosaurier der neoliberalen Politik“, Helmut Kohl, wurde nach 16 Jahren endlich abgewählt. Das Ergebnis stellt einen eindeutigen Linksruck auf der Wahlebene dar. Die CDU steckt in einer tiefen Krise: Zum Beispiel erzielte sie in der Hauptstadt Berlin kein einziges Direktmandat. Nach diesem eindeutigen Ergebnis gibt es gewisse Erwartungen: Schließlich wurde ein Politikwechsel von Schröder & Co angekündigt.

Katja Arthofer und Florian Seidl, SOV-Wien

Bereits am Wahlabend wurde Schröder vom Chef des Bundes der Deutschen Industriellen (BDI) Henkel persönlich beglückwünscht. Besorgnis der Unternehmer, daß sich der Trend der jahrelangen Umverteilungspolitik der CDU ändern könnte, wäre auch fehl am Platz. Obwohl die neue Regierung nicht nahtlos an der Kohlschen Politik ansetzen (können) wird.

Sie kündigt an, sich für ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und sozial Schwache einzusetzen und in den ersten Monaten ihrer Amtszeit einige „Reförmchen“ durchzuführen. Aber vereinzelte Maßnahmen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung können über die Hauptrichtung nicht hinwegtäuschen: Es gab zwar einen Machtwechsel, vom vielzitierten Politikwechsel kann aber keine Rede sein.

Kontinuität als neue Großmacht

Die allererste Maßnahme der neuen Regierung wurde noch vor deren Amtsübernahme gesetzt. In einer „nationalen“ Koalition aus alten und neuen Regierungsparteien wurde am 16. Oktober die Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen NATO-Schlag gegen Jugoslawien beschlossen. Terminlich gab es eigentlich keine Notwendigkeit, verfassungsrechtlich keine Grundlage für diesen schnellen Entschluß.

Aber der neuen Regierung und vor allem dem grünen Außenminister Fischer ging es darum, „Kontinuität in der Außenpolitik“ zu demonstrieren. Dazu gehört auch, die Sollstärke der

Bundeswehr beizubehalten, sowie neue Waffensysteme (Radpanzer HNN, Kampfhubschrauber „Ti-



Gerhard Schröder und Josef Fischer

ger“) anzukaufen. Das Koalitionsabkommen, das SPD und Grüne in Rekordgeschwindigkeit ausverhandelt haben, spricht nach genauerem Hinsehen auch in den meisten anderen Bereichen eine eindeutige Sprache.

Das Koalitionsabkommen

Das Papier zu dieser Koalition beginnt nach einem kurzen Absatz über den Abbau der Arbeitslosigkeit mit-

tels „sozialer und ökologischer Marktwirtschaft“ sofort mit dem unbedingten Bekenntnis zur „Sanierung der Staatsfinanzen“. Von „finanzpolitischer Erblast“ ist die Rede. Und von der Notwendigkeit eines „konsequenten Konsolidierungskurses“. Mittels „sozial gerechten“ Sparens. Und von einer Steuerreform, die „auch“ die Stabilisierung der Staatseinnahmen bewirkt. Der Weg der Realisierung solcher from-

von 12.360 DM auf jeweils 13.020 DM, 13.500 DM und 14.000 DM

- ☉ Eine Erhöhung des Kindergeldes von 220 DM um 30 DM 1999 und um 10 DM 2002
- ☉ Senkung des Einkommenssteuersatzes von 25,9 % in drei Schritten um 2 %, 1 % und 3 % auf 19,9 %
- ☉ Die Senkung der Körperschaftsteuer (der Steuer auf Gewinne) von 45 % auf 40 % mit 1999
- ☉ Senkung des Spitzensteuersatzes für gewerbliche Einkünfte um von 47 % um jeweils 2 % 1999 und 2000
- ☉ Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 % auf 48,5 % 2000 und 2002

All das soll zumindest in der ersten und zweiten Stufe aufkommensneutral finanziert werden. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen durch diese Maßnahmen um 40 Mrd. DM (davon 30 Mrd. in den ersten beiden Stufen) sinken. Wer dafür zur Kassa gebeten wird, lassen SPD & Grüne im Dunkeln. Allerdings hat sich die Koalition vorgenommen, den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ und die „Investitionskraft der Unternehmen“ zu stärken. Wo also im Bedarfsfalle gespart werden wird, wenn die Maßnahmen dann eben doch nicht ganz so aufkommensneutral sein werden, kann man sich ja vorstellen.

Zusätzlich zu all den obigen – ja nicht unbedingt unternehmerfeindlichen Maßnahmen – soll, wie das Abkommen am Rande erwähnt, eine Bund-Länder-Kommission zu einer grundlegenden Reform der Unternehmensbesteuerung einberufen werden – mit dem Ziel, ein Steuerrecht zu entwerfen, das möglichst schon ab 2000, so das Papier wörtlich, „alle Unternehmenseinkünfte mit höchstens 35 Prozent besteuert“.

Das Organ der deutschen Unternehmer, das Handelsblatt, kommentiert das wahrscheinliche Ergebnis der Steuerreform eindeutig: „Nicht einmal bei der von Rot-Grün umworbenen durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie wird über die Jahre ge-

rechnet viel Freude aufkommen“. Der Spiegel meint dazu: „... auch hier profitiert die neue Mitte relativ schwach, der Millionär weitaus stärker.“

Ökosteuer

Der Schlüssel für neue Belastungen der breiten Bevölkerungsmehrheit ist die – von den Grünen besonders forcierte – „Ökosteuer“. Im Gegenzug zu zusätzlichen Steuern v.a. auf Energie sollen die Lohnnebenkosten auf unter 40 % (derzeit 42,3 %) sinken. Während es gerade für energieintensive Industriebereiche Ausnahmeregelungen gibt (die Wettbewerbsfähigkeit soll ja nicht beeinträchtigt werden), zahlt die Masse der Bevölkerung zusätzlich bei Benzin, Heizöl, ... Was bleibt sind höhere Lebenshaltungskosten, insbesondere für die, die zur Arbeit pendeln müssen oder sich keine moderne Heizung leisten können.

Mit ihren Steuerplänen haben sich vor allem die Grünen als das gezeigt, was sie sind: Eine Art „Öko-FDP“ – also eine Partei, die nichts mit den Interessen von ArbeitnehmerInnen am Hut hat. So verwundert es auch nicht, daß es die Grünen waren, die in den Verhandlungen eine noch radikalere Senkung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent gefordert haben! Wo könnte eine wirklich ökologisch-soziale Steuerpolitik ansetzen? Unsere Schwesterzeitung Voran kommentiert: „Wenn die Unternehmer heute noch so viel Steuern zahlen würden wie 1980, dann wären jährlich 100 Milliarden DM mehr in der Staatskasse“

Frauenpolitik

Das „Aktionsprogramm Frau und Beruf“ beinhaltet: ein Gleichstellungsgesetz, das auch in der Privatwirtschaft Gleichstellung bewirken soll, eine Bindung öffentlicher Auftragsvergabe an frauenfördernde Maßnahmen und die Hälfte aller Ausbildungsplätze an Frauen. Doch gleichzeitig sollen die Bedingungen

Die Rolle der PDS

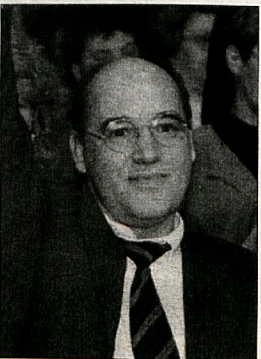
PDS machtgeil

Die PDS konnte bei der Bundestagswahl vor allem im Osten massiv Stimmen gewinnen, aber auch im Westen zulegen. Der Zweitstimmenanteil in Ostdeutschland ist überall über 15%, oft noch wesentlich höher. Damit zieht die PDS erstmals in Fraktionsstärke in den deutschen Bundestag ein.

Florian Seidl SOV OG Wien Nord

Das Argument Schröders, „PDS im Bundestag verunmöglicht Rot-Grün“, wurde eindrucksvoll widerlegt: Zu stark war – wohl zum Mißfallen des neuen Kanzlers – der Linksruck insgesamt. Die PDS selbst ist bundesweit eine weitere Periode in der Lage, die Rolle der linken Opposition in

Deutschland zu spielen und wird auch von vielen Menschen – vor allem im Westen – so gesehen. Das gute Abschneiden bei den Wahlen ist in erster Linie eine Ohrfeige für die anderen Parteien. Tatsächlich ist zu befürchten, daß die PDS-Führung die verbesserten Möglichkeiten, massiv von links Politik zu machen, wenig nützen wird. Dort, wo die PDS schon bisher an der Macht beteiligt war, hat



sie die Sozialabbaupolitik mitgetragen, selbst durchgesetzt und Privatisierungen durchgeführt.

PDS an Regierung beteiligt

In Mecklenburg-Vorpommern, wo am Tag der Bundestagswahl auch Landtagswahlen stattfanden, führte das Ergebnis zu einer Koalition von SPD und PDS. Um sich mit der SPD zu einigen, hat die PDS den Widerstand gegen Transrapid und die Autobahn A20 aufgegeben. Sie hat erklärt, „auch schmerzliche Maßnahmen mitzutragen“ und sich im Bundesrat loyal zur SPD-Linie zu verhalten. Im

Koalitionsvertrag wurde die Kürzung von 2.400 Stellen in der Landesverwaltung beschlossen. Die Gewerkschaft ÖTV bezeichnet das Vorgehen der PDS als: „Rasenmähermethode“ und kündigt Widerstand an. Die Parteiführung setzt auf die Integration ins politische System der Bundesrepublik: Unlängst hat sich Parteichef Byski in einem Brief an den Altlandespräsidenten zum (antikommunistischen) Grundgesetz bekannt. Unsere deutschen Genossen bringen es auf den Punkt: „Die PDS kennt nur noch Fragen, an denen eine Regierungsbeteiligung nicht scheitert...“

e Regierung?

für flexiblere Arbeitszeiten und Teilarbeit verbessert werden und Dienstleistungsagenturen gefördert werden. Daß letztgenannte Maßnahmen dazu führen, daß Frauen in schlechtbezahlte und unsichere Arbeitsverhältnisse gedrängt werden und somit für die Wirtschaft „allzeit bereit“ gemacht werden sollen, zeigt

AusländerInnen

Zum Teil enthusiastisch aufgenommen wurde die Ankündigung der neuen Regierung, einem Teil der in Deutschland lebenden AusländerInnen die Einbürgerung zu erleichtern. Auch wenn eine Voraussetzung die „Unterhaltsfähigkeit“ ist und Aus-

allem Mittel eingesetzt, die sonst für die Bezahlung der Jugendarbeitslosigkeit ausgegeben werden müßten“. Dies läßt vermuten, daß nach britischem Vorbild arbeitslose Jugendliche gezwungen werden sollen, Jobs anzunehmen, deren Bezahlung nicht viel über Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe liegen. Bei jetzt 4,4 Millionen Erwerbslosen kann auch das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Und zusätzlich droht bereits in wenigen Monaten ein weiterer deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit: Die befristeten Verträge Zehntausenden laufen nämlich aus – jene Verträge, die noch von der Kohlregierung im Sommer im Rahmen der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen als Kurzzeit-Arbeitsplätze zur (statistischen) Senkung der Arbeitslosenrate abgeschlossen worden waren.

Bündnis für Arbeit

Als Kernstück zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen SPD, Grüne und Gewerkschaften ein neues „Bündnis für Arbeit“ beschließen. Schon Ende 1995 wurde versucht, ein solches zu schmieden: Die Regierung sollte auf weiteren Sozialabbau verzichten, die Unternehmer Überstunden abbauen und Leute einstellen und im Gegenzug würden sich Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen bescheiden zeigen. Das Ergebnis war eindeutig: Egal ob Kleinbetrieb oder Großkonzern, die ArbeitnehmerInnen büßten Lohn ein, verzichteten auf betriebliche Sonderzahlungen oder arbeiteten mehr Stunden ohne Lohnausgleich. Und trotzdem wurden massiv Arbeitsplätze vernichtet und letztlich von den Unternehmern „aufgekündigt“, zum Beispiel dadurch, daß freierwerbende Stellen nicht nachbesetzt wurden. Das „Erreichen“ der 5 Millionen Rekordmarke zeigt das Scheitern des „Bündnis für Arbeit“ deutlich, das in Wirklichkeit ein Bündnis für Lohnraub, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung war. Diese Erfahrungen beweisen, daß es für Beschäftigte und Arbeitslose kein erfolgreiches Bündnis mit den Unternehmern geben kann. Eine Neuauflage des „Bündnis für Arbeit“ wird auf Dauer keinen Arbeitsplatz schaffen, sondern maximal unter dem Slogan der „Flexibilisierung“ soziale Rechte unterminieren.

„Linker“ Lafontaine?

Ein Vorreiter dieser Politik war und ist der vermeintlich „linke“ Parteivorsitzende und Finanzminister Oskar Lafontaine. Bereits 1987 forderte er nicht nur flexible Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, sondern auch: „Wir müssen unser Steuersystem so einrichten, daß die Unternehmer was unternehmen“. Lafontaines erster Anstoß als Finanzminister hat mit traditionell „sozialdemokratischer“ Politik nichts zu tun: Leistungen wie die Pflegeversicherung und das Arbeitslosengeld sollen als mit Rechts-

anspruch verbundenes Versicherungsprinzip abgeschafft werden. Sogar ein CSU-Politiker (!) kommentierte, daß „der Mann staatliche Almosen statt garantierter Versicherungsleistungen“ wolle. Auch wenn Lafontaine den „Kasinkapitalismus“ kritisiert und sich mit dem Bundesbankpräsidenten wegen dessen Geldmarktpolitik anlegt, bleiben die Grundlinien klar: „Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank steht außer Frage“ – und der Maastrichter Vertrag ebenso...

Rezession

Die Koalitionsvereinbarung enthält also eine klare Gesamtintendenz. Trotzdem finden sich – wie beschrieben – auch einige fortschrittliche Formulierungen und Ansätze: Die Erhöhung des Kindergeldes, die Wiedereinführung von 100 % Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und des Kündigungsschutzes für Betriebe ab fünf Beschäftigten und die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts können hierzu gezählt werden. Doch über all dies haben Schröder, Fischer & Co. das Damoklesschwert des „Finanzierungsvorbehalts“ – also das „Verbot“ von Mehrausgaben – gehängt. Dieser Finanzierungsvorbehalt ist angesichts der festgestellten Finanzlage und Wirtschaftsperspektiven mehr oder weniger zu einer

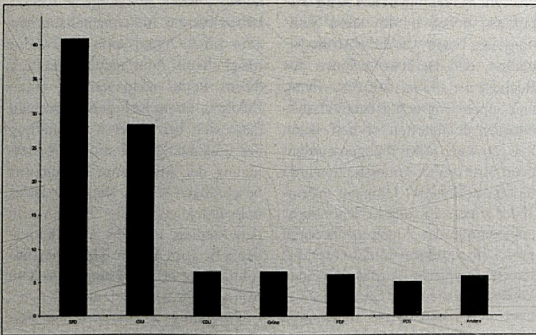
Rot-Grün nicht nur die Politik der Kohlregierung in ihren Hauptzügen fortführen wird, sondern diese an Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben noch „überflügeln“ wird.

Kampf auf der Straße

So wird das erste Aufatmen und die Hoffnung, die die deutliche Abwahl Kohls verursacht hat, nicht lange anhalten. Die neue Regierung wird die brennenden Probleme nicht lösen, da sie letztlich nicht die Interessen von arbeitenden und arbeitslosen Menschen, sondern die der Banken und Konzerne vertritt. Warum zum Beispiel sollte Schröder, der im Aufsichtsrat von Preussen Elektra sitzt, den Atomausstieg beschließen?

Wirkliche Verbesserungen können nur durch Proteste in Betrieben und auf der Straße erzwungen werden. Ein erster Prüfstein hierbei wird die kommende Lohnrunde im öffentlichen Dienst werden: Denn nach jahrelangen Reallohnverlusten sollte/muß es endlich wieder einen deutlich positiven Abschluß geben.

Druck von unten ist nötig. Die PDS könnte ihre gestärkte Position dazu nutzen, um ArbeiterInnen und Jugendliche zu mobilisieren. Doch leider beschränkt sie sich bisher darauf,



Das Wahlergebnis vom 27. November 1998

sowohl Ziel als auch „Fortschrittlichkeit“ solcher Maßnahmen. Abgesehen davon, gibt es in einigen anderen Bereichen bereits Erfahrungswerte mit „rot-grüner“ Frauenpolitik: Im Bundesland Nordrhein-Westfalen hat die rot-grüne Landesregierung 1995 zwar vereinbart, das „Betreuungsangebot für Kinder auszubauen“. 1998 wurde allerdings beschlossen, 440 Millionen DM oder 4.000 ErzieherInnenstellen zu kürzen...

Atomenergie

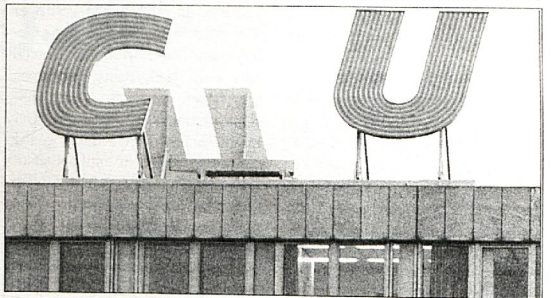
Der „Ausstieg aus der Atomenergie“ war eine der Hauptwahlkampfparolen der Grünen. Auch die SPD hat zu dieser Frage einen gültigen Grundsatzbeschuß. Davon geblieben ist im wesentlichen die Streichung der Förderung und die Abschaffung der „Zwischenlager“ außerhalb des Geländes des Atomkraftwerks und das Zugeständnis der Notwendigkeit von Endlagern. Von einem tatsächlichen Ausstieg aus der Atomenergie kann keine Rede sein. Dieser wurde zwar als Ziel wage formuliert, doch soll er nach Gesprächen mit den Energieversorgungsunternehmen im Konsens (!) mit ebendiesen erfolgen. Die Lobby der Kraftwerksbetreiber hat bereits mobil gemacht: Wer schnell aussteigen will, muß zahlen (AKW-Vorstandsvorsitzender Harig). Mindestens weitere 35 „Atomjahre“ werden von der Atomlobby veranschlagt oder frech mehrstellende Milliardenbeträge (DM!) Kompensationszahlungen gefordert. An diesem Punkt läßt sich die völlige Integration der Grünen in die herrschende Politikerkaste am besten ausmachen: Während Grüne früher versucht hätten, von der Straße Gegendruck gegen diese Lobby zu organisieren, kooperiert und unterwirft man sich heute dem Diktat der Atomwirtschaft.

länderInnen erst einmal eine achtjährige Probezeit durchlaufen müssen, werden viele dies als eine reale Verbesserung empfinden. Genauso wie die Ankündigung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen.

Für Flüchtlinge enthält der Koalitionsvertrag aber kaum Verbesserungen. Keines der unter Kohl verschärften rassistischen AusländerInnengesetze soll ganz zurückgenommen werden. Gleichzeitig wird unter anderem der Ausbau der Europol und eine Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik gefordert. Auch die „Drittstaats-Regelung“, die es praktisch unmöglich macht, in Deutschland Asyl zu erhalten, bleibt bestehen. Und die Stärkung der EU in ihrer militärischen Handlungsfähigkeit nach außen mittels WEU wird – wie auch von SPÖ-Chef Viktor Klima – massiv eingefordert.

Arbeitslosigkeit

Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird im Abkommen zum wichtigsten Ziel der Bundesregierung erklärt. Erreicht werden soll dieser durch eine neue Wirtschaftspolitik. Diese beinhaltet neben obiger Steuerreform die Förderung moderner Technologien, staatliche Finanzpolitik mit „Zukunftsinvestitionen“, eine Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland,... Was das mit Arbeitsmarktpolitik zu tun hat, steht wohlweislich nirgends in dem Abkommen. Und durch Finanzspekulation & Co. werden wohl kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. Die künftige „aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung soll über einen einfachen „Trick“ aufkommensneutral gestaltet werden. Im „Sofortprogramm zur Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche“ wird dieser Trick sehr deutlich: „... aber für die Finanzierung dieses Programms werden vor



Die CDU-(Politik) wurde demontiert

Sperklausel für alles geworden.

Die jetzt schon unternehmerfreundlichen Pläne der Schröderregierung basieren alle auf positiven Wachstumstendenzen für die deutsche Wirtschaft. Die Regierungspolitik von SPD und Grünen steht und fällt mit den wirtschaftlichen Aussichten der BRD. Obwohl die Stimmung von vielen Wirtschaftsverbänden und Forschungsinstituten vor der Bundestagswahl rosarot gemalt wurde, zeigt sich bereits jetzt ein deutlich anderes Szenario. Selbst der oberste Volkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, muß gestehen: „Wenn 40 Prozent der Weltwirtschaft in Rezession sind und bleiben“, sei auch in Deutschland ein „Wirtschaftsabschwung unvermeidbar“. Alle Prognosen werden seit Wochen nach unten korrigiert. Beschäftigungsimpulse werden sogar von „Experten“ nur ab einem Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 3 % erwartet. Die Deutsche Bank rechnet für 1999 aber nur noch mit 2 %... Die kommende Rezession wird schließlich dazu führen, daß

im Parlament Reden zu halten.

Neue ArbeiterInnenPartei

Unsere Schwesterorganisation, die Sozialistische Alternative Voran SAV, hat bei der vergangenen Wahl in vier westdeutschen Wahlkreisen DirektkandidatInnen aufgestellt. Es war klar, daß die SAV als kleine Partei keine Chance hatte, in den Bundestag zu kommen. Das Ziel der Wahlkampagne war, die Notwendigkeit vom Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei möglichst breit bekannt zu machen. Alle Parteien machen nur noch Politik für die Reichen – selbst die PDS hat dort, wo sie an der Macht beteiligt ist, Kürzungen durchgeführt und tritt auch für die „soziale“ Marktwirtschaft ein. Die SPD wird sich durch die Regierungspolitik mehr oder weniger zwangsläufig diskreditieren. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer echten Alternative wird immer dringender. Die Kandidatur der SAV war dafür ein erster Schritt – weitere müssen folgen.

Kabarett

Haha

Th. Maurer

In Zeiten, in denen die durchschnittliche Laufzeit eines Kabarets länger dauert, als eine Legislaturperiode (Hader Privat derzeit 7 Jahre, Dorfer Badeschlupf 4 Jahre), steht es um das politische Kabarett schlecht. Wer würde denn heute noch über Mock, Löschnak, Hesoun, Marilies Flemming etc. lachen wollen – die taten damals schon weh.

David Mum
SOV OG Wien-Süd

Und so boomt zwar die Kabarett-szene, jedoch ohne, daß sie noch den Anspruch hat, mehr zu sein als Unterhaltung. Worauf ich hinaus will: Es fehlt meist irgendeine gesellschaftskritische Message, die sich nicht darin erschöpft, etwas gegen Haider oder irgendwelche Ungustln zu haben. Und wenn Gesellschaftskritik vorkommt, ist sie meist sehr abstrakt bzw. trifft niemanden konkreten und tut niemandem weh. Oder aber sie ist nicht wirklich mutig.

Schlupf mit lustig

Wenn Dorfer und Dühringer in Zeiten eines Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst bzw. das Personal betreffende Sparmaßnahmen in MA 2412 alte beamtenfeindliche Klischees breittreten (à la „Die Herrschaften erholen sich gerade von der Mittagspause“) trifft sich das mit den Interessen der Regierung und mit dem von den kleinformatigen Zeitungen vermitteltem Bild der öffentlich Bediensteten.

Aber es gibt eine Ausnahme in der heimische Kabarettlandschaft:

Das neue Programm von Thomas Maurer - Intensiv Damisch - ein politisches Kabarettstück, das aber angenehm aus der Machart alter Politikabaretts herausfällt. In diesem wechseln sich ja meist voneinander unabhängige Sketches ab, die von Liedern mit geringem musikalischen Wert unterbrochen sind. Maurer spannt hingegen, wie bei seinem vorigen Stück eine Rahmenhandlung, die mit abrupten Brüchen zu absurden und geistreichen Episoden führt.

Ausgangspunkt ist, daß Maurer

Schlafstörungen hat (nicht einmal das neue SPÖ-Programm konnte Abhilfe schaffen). Sein Steuerberater und gleichzeitig ehemaliger Dealer (sie lernten sich bei einem LSD-Wettessen kennen) kann ihm offene Schulden nicht bezahlen und übergibt Maurer sein Kontingent an Psychotherapeuten. Maurer quält dann den Therapeuten mit seinen Träumen, die allesamt politischer und nicht sexueller oder persönlicher Natur sind.

Haider erschießen

Im ersten Traum wollte er Haider erschießen. Mein liebster Traum ist folgender (man beachte die Symbolik): Er ist einmal redenhaltender FPÖ-Funktionär, ein anderes mal Sozi: Von den Reden her macht das nicht so viel Unterschied (in den Gemeindefunktionen bleiben wir unter uns), wohl aber vom feedback der Leute. Wenn er einen Sozi träumt, kommt bei den Reden keine Begeisterung auf, also trifft er sich mit Industriellen und Wirtschaftsvertretern im Steirerack und will bei diesen punkten, durch Zugeständnisse bei arbeitnehmerseitigen, auszuschoßenden Flexibilisierungspotentialen. In Alpträumen verirrt er sich in der SCS, nachdem er die Gesellschaft von Ronald Mc Donald oder etwa K.O. Pauer, der einen Lieferanten verdrückt und ähnlichen Figuren genossen hat. Der Psychotherapeut hat dann genug von diesen „sich in antikapitalistischen Metaphern erschöpfenden Träumen“ und zählt ihm den Rest seines Stundenguthabens bar aus.

Zu guter letzt schließt sich nach weiteren Geschehnissen, an die ich mich nicht mehr so erinnern kann der Kreis, in dem er endlich... einschläft.

Abtreibungsdiskussion

Schön borniert

Am Donnerstag, den 15. Oktober, fand im Gebäude des „Standard“ in der Wiener Herrengasse eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Abtreibungsspiele pro und kontra“ statt. Podiumsgäste: Der W. Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn und die SPÖ Nationalratsabgeordnete Liesl Pittermann.

Nicky Hofmann
SOV OG Wien-Süd

Die Debatte beschäftigte sich von Anfang an kaum mit der Abtreibungsspiele, sondern mit der Abtreibung an sich. Schönborn gab sich tolerant, sprach sich zum Beispiel gegen eine Strafverschärfung bei Abtreibung aus. Der Schafspelz stand ihm gut. Doch im Laufe der Diskussion bekam er Risse: Spätestens als er die Frage in den Raum stellte, warum die armen Länder Amerikas soviel „mehr Mut zum Leben“ hätten. Dieses Zitat zeigt den ganzen Zynismus der katholischen Kirche im Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen. Tausende Frauen in Lateinamerika zahlen das Verbot, das Schönborn „Mut zum Leben“ nennt, mit ihrem eigenen Leben, wenn sie an den Folgen illegaler Abtreibungen sterben.

Pittermann bemühte sich sehr,

Schönborn „kontra“ zu geben, beging dabei aber einen durchaus verbreiteten Fehler: Sie versuchte mit Beispielen von sozialen Notlagen die Notwendigkeit von Abtreibungen zu rechtfertigen. Auch weitere „Kontra“-Meldungen aus dem Publikum stießen in die selbe Richtung. Die Folge war die abstruse Situation, daß BefürworterInnen des Rechtes der Frauen auf Abtreibung und Schönborn recht freundlich miteinander debattierten, ob bzw. wann bzw. ab wann Abtreibungen nun gut oder böse seien. Unterstützt wurde dieser „kollegiale“ Umgang miteinander einerseits durch Schönborns anbiedernde Art. Andererseits durch eine in „liberal-intellektuellen“ Kreisen typische Auffassung, man könne zivilisiert mit jedem immer über alles reden. Diese Tendenz ist äußerst gefährlich. Abtreibung kann nicht zum Diskussionsgegenstand mit der katholischen Kirche erklärt

werden! Denn das Abtreibungsrecht in Frage zu stellen, heißt, eine fundamentale Errungenschaften der Frauenbewegung in Frage zu stellen. Das grundlegende Recht der Frau über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden, wird hier angezweifelt. Diesen „Aspekt“ so beim Namen zu nennen, war für diese Veranstaltung offensichtlich zu radikal.

Für die katholische Kirche und die diversen Anti-Abtreibungsorganisationen von der „gemäßigten“ Aktion Leben bis zur fundamentalistischen „Pro Life“-Organisation stellt diese Möglichkeit, überhaupt öffentlich dieses Recht anzuzweifeln, einen Erfolg in ihrem Kampf dar. Deshalb hätte sich bei dieser Veranstaltung der Widerstand nicht auf die Widerlegung der Argumente Schönborns beschränken sollen. Vielmehr ist es notwendig, gegen die Plattform in den Medien, die den Abtreibungsgegner zum ersten Mal seit Einführung der Fristenlösung in großem Stil gewährt wird, aufzutreten.

Anmerkung: Die Verfasserin meldete sich auf der Veranstaltung entsprechend zu Wort und erhielt teilweise rege Publikumsunterstützung.

Zu bestellen: AGM, Postfach 562, 1151 Wien

Marxismus aktuell

Das neueste Buch der „Arbeitsgruppe Marxismus – AGM“ trägt den vielversprechenden Titel „Revolutionen nach 1945“. Es beinhaltet neun Einzelteile zu Revolutionen zwischen 1946 (Jugoslawien) und 1979 (Nicaragua) sowie eine „ausführliche Einleitung zu Marxistischer Revolutionstheorie in der Arbeiterbewegung der letzten 150 Jahre“.

Es handelt sich um ein gutes „Nachschlagewerk“, wenn es darum geht, kurz und kompakt Informationen über Ereignisse wie die Revolution in Kuba 1959 oder jene in Portugal 1974, nachzulesen. Die einzelnen Teile sind verständlich geschrieben und fassen die Ereignisse mit dem Anspruch einer marxistischen Perspektive zusammen. Die

Einleitung zur „Marxistischen Revolutionstheorie in der Arbeiterbewegung der letzten 150 Jahre“ hält allerdings nicht, was der Titel verspricht. Sie bietet zwar eine umfangreiche Aufarbeitung der Entwicklung der Theorie der Permanenten Revolution (mittels zahlreicher Quellenangaben von Marx, Engels, Lenin und Trotzki – eine gute

Argumentationshilfe gegen Stalinisten und ihre Theorie vom Sozialismus in einem Land bzw. Ihre Etappentheorie) läßt aber andere Theoremsätze unerwähnt. Aus „trotzkistischer“ Sicht fehlt ein ganz wesentlicher Aspekt: die Erklärung der politischen Revolution in stalinistischen Staaten zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, die sich ganz wesentlich von einer sozialen Revolution unterscheidet, in der der Kapitalismus gestürzt werden muß.

Obwohl der Titel wohl etwas weit gegriffen ist, trotzdem ein lesens- und wegen der handlichen Zusammenfassungen besitzenswertes Buch.

Die SOV Ortsgruppen und andere Veranstaltungen, bei denen Du uns treffen kannst:

In unseren Ortsgruppen diskutieren wir politische Themen, laden Referenten ein.

GEWERKSCHAFTS-STAMMTISCH: Termine nach Rückfrage Zentrum Erdberg“;

25.11. OG-Mitte „USA: Mythos und Wirklichkeit“

25.11. Demonstration „Gegen Gewalt an Frauen“ 17.00 Ballhausplatz

27.11. OG-Nord „Krieg und Frieden im Nahen Osten – Israel und/oder Palästina?“

1.12. OG-Süd „Kommt der Euro?“

3.12. OG-West „Europa - Die Linke im Vormarsch?“

9.12. Frauenstammtisch „Billa & Frauen: Viel Arbeit - wenig Lohn“

TAG DER OFFENEN TÜR BEI DER SOV

4. und 5.12. jeweils 12.00-17.00 Uhr
7; Kaiserstraße 14/11 (nahe Westbahnhof)
Diskussion mit SOV'ern und Flohmarkt (diverse Bücher und auch sonst noch was...)

Jetzt aktiv werden!

Die Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeiterInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau, Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für Sozialismus!

Die SOV interessiert mich, ich möchte:
○ zu Veranstaltungen eingeladen werden
○ Mitglied der SOV werden

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInnenpartei (KAP) und ist in über 30 Ländern vertreten.

VORWÄRTS abonnieren!

- sozialistisch
- antifaschistisch
- international

Jeden Monat neu:

Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!
Ja, Vorwärts interessiert mich, ich möchte:

○ ein Normal-Abo (10 Nr. öS 200,-)
○ ein Sozial-Abo (10 Nr. öS 100,-)
○ Gewerkschaftszeitung „Die Einheit“ (Jahresabo 4 Nummern öS 100,-)
○ „Stik Vorwärts zum Weiterverkaufen“ (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Termine





**Neues
aus dem
CWI**

Die SOV ist Mitglied des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (KAI) - Committee for a Workers' International (CWI), das in über 30 Ländern vertreten ist.

Kasachstan

Staat mordet

Seit Mitte 1997 terrorisiert der kasachische Staat GewerkschaftsaktivistInnen und Linke. Sie werden verhaftet, angeklagt, inhaftiert und mißhandelt. Aufgrund der internationalen Kampagne des CWI wurde die Anklagen gegen 3 Aktivisten fallen gelassen. Doch jetzt ist einer der drei, Sergei Kolokov, 23jährig, an den Folgen der Mißhandlungen im Gefängnis gestorben.

Der Staat terrorisiert weiter, versucht die Gewerkschaft in Kentau aufzulösen und geht gegen streikende ArbeiterInnen vor. Doch Sergeis KollegInnen lassen sich nicht einschüchtern - Sein Andenken bewahrend geht der Kampf weiter!

Nigeria

Demokratisch Sozialistische Bewegung

Die Gründung einer neuen Organisation - der Demokratischen Sozialistischen Bewegung (DSM) - ist auf große Beachtung gestoßen: Viele ArbeiterInnen und StudentInnen kamen zum Gründungskongreß, die Presse berichtete und - das Militär hetzt auf die SozialistInnen.

Ayodele Akele, führendes Mitglied der DSM aber auch der Gewerkschaftsbewegung in Lagos und Streikführer beim Streik der öffentlichen Bediensteten in Lagos, wurde von den Behörden wegen seiner politischen Tätigkeit entlassen. Akele, der bereits in der Vergangenheit immer wieder verhaftet wurde, wird von seinen KollegInnen unterstützt - die Gewerkschaft COIU (Lagos-Öffentlicher Dienst rief zum Streik auf. Eine der vier Forderungen ist die Wideranstellung von Akele

Australien

858 Stimmen für Militant

Militant Socialist Organisation, die australische CWI-Sektion kandidierte erstmals. M. Wilson, mit 19 der jüngste Kandidat bundesweit, kandidierte im Melbourne Stadtteil Batman, einem sicheren Labour-Sitz. Matt ist bekannt wegen seiner Tätigkeit bei „Students against Racism“, die tausende StudentInnen gegen die rassistische One Nation Partei mobilisiert hat. Ein Hauptpunkt von MSO ist der Kampf gegen den „Industrial Relation Act“, welcher Solidaritätsaktionen und vor allem das kollektive Vorgehen von Beschäftigten erschwert bzw. verunmöglicht - also ein Anti-Gewerkschafts-Gesetz. Mit 858 Stimmen (bei 80.000 Wahlberechtigten) erzielte die MSO eines der besten Ergebnisse eines unabhängigen Kandidaten.

Italien

Sparkurs wird fortgesetzt

Am 4. Oktober 1998 beschloß das Nationalkomitee der Rifondazione Comunista („kommunistische Neugründung“) PRC mit 212 zu 117 Stimmen der Mitte-„Links“-Regierung unter dem Christdemokraten Romano Prodi, nach etwa zweieinhalb Jahren die Unterstützung zu entziehen. Anlaß dafür war der Budgetentwurf für das kommende Jahr, der vom linken Flügel der PRC um Parteisekretär Fausto Bertinotti abgelehnt wird.

Alfred Ratz
SOV OG Wien-Nord

Ein Beschluß mit weitreichenden Folgen: Nicht nur bedeutet es das Ende der Regierung Prodi, sondern die Differenzen führten auch zur Spaltung der PRC in den linken Flügel um Bertinotti und den „moderaten“, „pragmatischen“ Flügel um PRC-Präsident Cossutta, der sich abgespalte und die „Partito dei Comunisti Italiani“ PDCI gründete. Cossutta fand den Budgetentwurf durchaus annehmbar und unterstrich die Gefahr vorgezogener Neuwahlen, bei denen dem rechten „Polo della Libertà“ um den Medienunternehmer Silvio Berlusconi, an dem sich auch die Neofaschisten beteiligen, Chancen eingeräumt wurden. Etwa 65% der Abgeordneten aber nur 10% der PRC-Mitglieder wechselten zu Cossutta neuer Partei. Eine organisatorische Schwächung für die PRC, die nun nicht einmal mehr 20 der insgesamt mehr als 600 Mandatäre im italienischen Abgeordnetenhaus stellt.

Aber die rechte Abspaltung kann

zu einer politischen Stärkung der PRC führen. Viel zu lange hat die PRC den Sozialabbau der Regierung Prodi geduldet bzw. mitgetragen. Ihre bisherige Politik hat die eigene Basis aber auch breite Schichten der ArbeiterInnen verwirrt, was angesichts der ArbeiterInnen demonstrationen bezüglich der 35-Stunden-Wochen-Regelung der Regierung deutlich wurde. Es bleibt zu hoffen, daß die PRC nun versuchen wird, eine wirkliche Opposition gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Nord-Süd-Gefälle und Privatisierungen aufzubauen. In der bisherigen Rolle als Mehrheitsbeschaffer, konnte ihr das nicht gelingen. Jedenfalls war es ihr bei einer Demonstration am 17. Oktober gelungen, 200.000 Menschen zu mobilisieren.

Neue „linke“ Regierung?

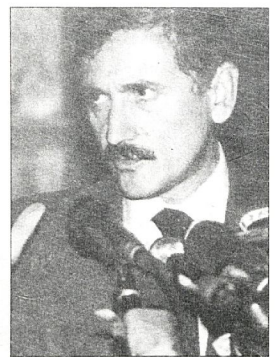
Da die Regierung Prodi im Abgeordnetenhaus auf die Stimmen der PRC angewiesen war, verlor dieser die Vertrauensabstimmung am 9. Oktober, obwohl auch ein Teil der PRC unter Cossutta für Prodi stimm-

te. Nur eine Stimme fehlte auf die erforderliche absolute Mehrheit. (Die rechte Opposition forderte vorgezogene Neuwahlen, da sie sich angesichts der Krise innerhalb der Linken bessere Siegeschancen erhofften.)

Der neuen Regierung - Olivenbaum-Bündnis II - steht zum ersten Mal in der Geschichte Italiens ein ehemaliger Kommunist, der ehemalige Jugendfunktionär Massimo D'Alema vor.

An dieser Regierung, es ist bereits die 56igste (!) seit dem Zweiten Weltkrieg, sind neben den Parteien der bisherigen „Ulivo“-Koalition (D'Alemas heuer aus PDS und anderen Gruppen gegründeten DS, Italienische Volkspartei, Grüne ua.) auch die PDCI mit zwei Ministerien, sowie die rechtskonservative UDR des ex-Staatspräsidenten Cossiga beteiligt. D'Alema betont die Wichtigkeit politischer Stabilität, es wird aber sicher nicht einfach für ihn werden, die politischen Ziele der einzelnen Gruppierungen unter einen Hut zu bringen.

Der Vatikan kritisierte die Ernennung D'Alema, denn dieser sei ein „Apparatschik der ehemaligen Kommunisten und das 50 Jahre nach dem hart erkämpften Sieg von Freiheit und Demokratie über den Kommunismus“. Tatsache ist allerdings das D'Alema sich wohl eher an neoliberalen Prinzipien orientiert als am kommunistischen Manifest. Seine



Neuer Regierungschef D'Alema

Hauptziele sind die Sanierung der Staatsfinanzen, die Ankurbelung der Wirtschaft, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ein neues Wahlsystem. Alles in allem ist ein Kurswechsel unter der „neuen“ Regierung daher auszuschließen. D'Alemas Aussage, daß die Fortsetzung des Prodi-Werks und die genaue Befolgung der Euro-Kriterien seine Regierung kennzeichnen werden, ist ein „Versprechen“ an die italienischen ArbeitnehmerInnen für weitere Sozialabbau.

Die PRC hält im Frühjahr 1999 ihren Kongreß ab - Und dieser könnte der Auftakt für eine radikale, sozialistische Oppositionspolitik werden!

Nach Meciar's Abwahl

Slowakischer EU-Beitritt?

In den westlichen Medien wird das (vorläufige) Ende von „Diktator“ Meciar schlichtweg als Sieg der „Demokratie“ bezeichnet. Die WählerInnen hätten für den Anschluß an Europa - also die EU - gestimmt, meint etwa das „profil“. Tatsächlich sind die SlowakInnen weit weniger euphorisch und die Perspektiven trist.

John Evers
SOV OG Wien-Mitte

Bei genauer Betrachtung bedeutet die neue Konstellation im slowakischen Parlament vor allem mehr Instabilität: Meciar's HDZS erhielt zwar eine schallende Ohrfeige (- 8 %) blieb aber mit 27 % stärkste Kraft vor fünf (!) Parteien Koalition „SDK“ (26,4%). Die neue Regierung unter dem Konservativen Dzurinda muß sich auf insgesamt acht Parteien stützen: Christdemokraten, Liberale, Rechtsliberale, Sozialdemokraten, Grüne (zusammen „SDK“) plus „Partei der demokratischen Linken“, Ungarische Minderheit und der „Partei der bürgerlichen Eintracht“. Die Opposition besteht nunmehr aus der HDZS und der - bei den Wahlen deutlich gestärkten - rechtsextremen SNS (9,07 %). Die mit Meciar kooperierende „linke“ ZRS flog aus dem Parlament.

Auch Meciar war für den Kapitalismus

Wurde bei diesen Wahlen ein „ewiggestriger“ Antikapitalist abgewählt? Mitnichten: Meciar stand klar für den kapitalistischen Restaura-

tionsprozeß in der Slowakei. Im Gegensatz zu anderen „Reformstaaten“ wurde die Wirtschaft des Landes zwar nicht an westliches Kapital verschleudert, dafür aber an slowakische Unternehmer (allesamt HDZS-Günstlinge und Funktionäre) verschenkt.

Die Slowakei setzte stärker auf „nationalen Kapitalismus“. So erhält sie z.B. im Pro-Kopf-Vergleich weniger als 12% der Auslandsinvestitionen, die nach Ungarn fließen. Eine engverbundene HDZS-Clique aus Politikern und Wirtschaftskapitänen kontrollierte alles - von der Industrie bis zum Geheimdienst - mit einer Mischung aus Populismus, Rassismus (v.a. gegen die 1,6% Roma) und Repression. Durch Meciar's Kurs wurde der Restauraationsprozeß allerdings keineswegs gebremst - er verlief nur anders: Der Anteil des Privatssektors am Bruttoinlandsprodukt liegt in einer vergleichbaren Größe mit Ungarn und Polen. Die Folgen der kapitalistischen Restauration sind ebenfalls jenen anderer Reformstaaten ähnlich (z.B. Tschechien): Nach einem gewissen Wachstumsschub in den letzten Jahren, mußten die Menschen Einbußen im Lebensstandard hinnehmen, die öffent-

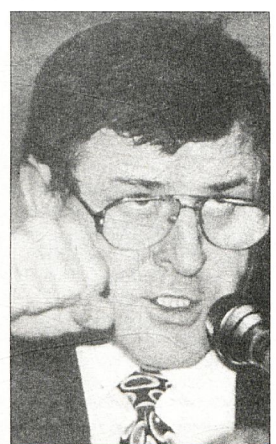
chen Kassen sind leer, die Banken pleite und die Arbeitslosigkeit steigt. Kein (kapitalistischer) Staat kann sich eben der Dynamik kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten und internationaler Entwicklungen entziehen.

Hat die Slowakei eine Chance?

Ihre Hauptaufgabe sieht die neue Regierung in einem raschen EU-Beitritt und einer Sanierung des Budget und des Leistungsbilanzdefizits, einer „Strukturbereinigung“ der Wirtschaft und einer starken Abwertung der Krone. Wen Sparpakete und Firmenschließungen treffen werden, liegt auf der Hand: Die Masse der fünf Millionen SlowakInnen. Bereits jetzt liegt die Arbeitslosigkeit bei rund 14 Prozent.

Die neue Regierung versucht die Schuld an allen Problemen einzig Meciar zuzuschreiben. Das mag eine Zeit gutgehen. Bald aber könnte dieser Kitt, welcher die jetzige Koalition eigentlich zusammenhält, brüchig werden. Tatsächlich liegt das Problem im kapitalistischen Restauraationsprozeß, seinen verheerenden sozialen Folgen und seiner Perspektivlosigkeit. Spätestens mit der Rußlandkrise sind Probleme und Widersprüchlichkeit dieses „Projekts“ offen zu Tage getreten.

Die Slowakei selbst ist mit ihrer traditionell schwachen wirtschaftlichen Struktur zusätzlich benachteiligt. Die wirtschaftlichen Probleme



Ex-Boxer Meciar: Comeback?

und sozialen Spannungen werden wachsen: Die Wachstumsprognose liegt - nach rund 5 % 1998 - bei nur 1,5% im nächsten Jahr. Eine volle und gleichberechtigte EU-Integration ist bei den wachsenden sozialen und ökonomischen Widersprüchen eine Illusion. Umgekehrt wird die jetzige Vernüpfung von Sparpolitik und dem Regierungsziel „EU-Beitritt“ zu verstärkter Opposition gegen die Regierung und deren „Westorientierung“ führen. Meciar wurde abgewählt (und das ist gut so). Sein Comeback ist allerdings nicht ausgeschlossen.



Bildungsabbau: Wir wehren uns!

SchülerInnenproteste in Frankreich, Schulstreiks in Österreich: Die Bildungspolitik steht weiter mit im Brennpunkt von Sozialabbau und Gegenwehr. Ende Oktober tagten in Baden die EU-Bildungsminister. Wir waren selbstverständlich dabei: Unter dem Motto „Europa verspielt unsere Bildung“ demonstrierten drei- bis fünfhundert Betroffene gegen die Mißstände in Schule, Lehre und Uni.

**Pablo Hörtnner, Paul Reza
SOV OG Wien-Mitte**

Daß Baden als Tagungsort gewählt wurde, entbehrt nicht einer gewissen Symbolik: Das Badener Spiel-Casino als Konferenzschauplatz - Zeichen für Elitenbildung, Verspielen unserer Zukunft...? Die SchülerInnenaktionsplattform hat sich nicht nur aktiv an der Gegendemonstration - mit einem eigenen Wiener Treffpunkt zu dem rund 100 Leute kamen - an diesem Gipfel beteiligt. Bereits im Vorfeld organisierten wir in Wien einen Schulstreik mit 5.000 TeilnehmerInnen gegen Ministerin Gehrre, suchten Kontakt mit linken Lehrer-gewerkschafterInnen und bemühten uns um internationale Solidaritätsarbeit.

Tschechien...

Auf der Kundgebung in Baden waren auf unsere Initiative auch LehrerInnen aus der Tschechischen Republik anwesend: In der Stadt Kladno - 30 Kilometer von Prag entfernt - findet zur Zeit ein erbitterter Arbeitskampf statt. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde die Direktorin einer Integrationsschule, Frau Topinkova, von der Schulbehörde abgesetzt. Der Lehrkörper trat in einen Solidaritäts-

streik - die Streikenden wurden daraufhin entlassen. Durch diese Maßnahme bereitet die tschechische Regierung sowohl die Schließung von Integrationsschulen wie die Aushöhlung gewerkschaftlicher Rechte vor. Am Vorabend zur Demonstration in Baden organisierten wir eine ge-

Frankreich: SchülerInnen machen Druck

Ausgehend von Provinzstädten, vorwiegend im Süden Frankreichs, wurden die Proteste französischer MittelschülerInnen zu einer bundesweiten Bewegung. Die Proteste richteten sich vor allem gegen das Fehlen von Budgetmitteln und Autonomie im Bereich der Mittelschulen (seit den sechziger Jahren gab es keine nennenswerten Reformen; die SchülerInnen „demokratie“ ist in Frankreich weitaus beschränkter als

gipfelten die sehr explosiven Demonstrationen in einer Art „nationalen Unzufriedenheitsbewegung“, die an ihrem Höhepunkt eine halbe Million SchülerInnen und LehrerInnen auf die Straße brachte - davon 280.000 allein in Paris.

Die Protestbewegung wurde von den großen SchülerInnenorganisationen FIDL (Federation independante et democratique lycéenne), UNL (Union nationale lycéenne) und diversen Gewerkschaften (LehrerInnen-gewerkschaft, Gewerkschaftsdachverband) und am Ende sogar durch die DirektorInnen-gewerkschaft finanziell und organisatorisch unterstützt.

Anlaß zu den Demonstrationen bot der vom Unterrichtsminister (C. Allègre) in Auftrag gegebene Maßnahmenkatalog, dem bisher aus angeblich budgetären Gründen nicht Rechnung getragen wurde.

Gibt Regierung nach?

Als Reaktion auf die Proteste sagte der Unterrichtsminister zu, 14.000 zusätzliche Lehrkräfte anzustellen sowie 4 Milliarden Francs zur Strukturverbesserung an den Schulen bereit zu stellen. Die SchülerInnen zeigten sich diesen Zusagen (wohl zurecht) mißtrauisch gegenüber, da die Verwirklichung dieser nicht gewährleistet ist und diese in Bezug auf die Größe Frankreichs nicht allzu hoch ausgefallen sind, um wirklich viel zu ändern. Die SchülerInnen zielten es vor, abzuwarten und die Proteste fortzuführen.

Kolumbien

Ein weiteres Beispiel für internationalen Bildungsklaus, über das in den deutschsprachigen bürgerlichen Medien bisher nicht berichtet worden ist (wohl um Nachahmung und Solidarität vorzubeugen), ist Kolumbien. Dort streiken die Bediensteten im öffentlichen Bildungswesen bereits seit Sommer. Anlaß dazu war folgender: Die Inflation für 1997 betrug 22,6%, doch die Regierung hat lediglich eine Gehaltserhöhung von 14% zugesagt, was einen Reallohnverlust von über 8% bedeutet. Der Staat hat die Auszahlung von Löhnen an die Streikenden eingestellt. Momentan sind fast alle Universitäten im Lande geschlossen.

Proteste alleine sind zuwenig

Proteste zu organisieren ist gut - vor allem, wenn sie praktisch Teil einer Gesamtbewegung von links sind, wie in Frankreich. Wichtig ist aber auch, eine Alternative zu den Sozialabbau und Elitenbildungskonzepten zu haben. Wir kämpfen international für ein grundlegend anderes Bildungssystem: Gesamtschulen und Stipendien für Alle! Gleichzeitig ist es wichtig, den Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialabbau zu erkennen und einen gemeinsamen Kampf in diesen Punkten zu organisieren.

**SAP-AKTIONSTREFFEN
jeden Freitag um 19 Uhr
6, Eggerthgasse/
Ecke Dürergasse**



„Schüler und Lehrer gegen Gehrre“ – Großdemo im Oktober in Wien

meinsame Diskussionsveranstaltung in Wien und sammelten Spenden. Die LehrerInnen sind mit uns einer Meinung, daß internationale Solidarität gegen Sozial- und Bildungsabbau notwendig ist.

in Österreich). Den Beginn machten am Montag Bordeaux mit 8.000 DemonstrantInnen, gefolgt von Toulouse, Lyon (je 15.000), Grenoble, Montpellier (je 10.000) sowie vereinzelten Kundgebungen in Paris.

Am Donnerstag, den 15. Oktober,

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbe-

- reich eine Ausbildungs-offensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechts-extremismus und den rassistischen

- Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Nein zu einem repressiven, rechts-extrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitneh-

- merschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.

- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

was wir wollen